

Gedenken an „Euthanasie“-Opfer Am 18. Januar 1940 transportierte ein Bus die ersten Patienten der Heilanstalt Eglfing-Haar in die Tötungsanstalt Grafeneck – es war der Auftakt für den Mord an Hunderttausenden psychisch Kranken und Behinderten. Ein Forschungsprojekt will Angehörige ermutigen, die Schicksale in ihren Familien aufzuarbeiten

VON JAKOB WETZEL

Die Mutter der kleinen Elisabeth war verzweifelt. „Sie werden doch kein Mädel aus Ihrer Anstalt geben, ohne zu wissen, wo sie hinkommt“, schrieb die Frau am 11. August 1941 an Valentin Falthäuser, den Leiter der Heil- und Pflegeanstalt Kaufbeuren. Unbedingt wolle Sie wissen, wo ihre Tochter sei. „Auf meine Verantwortung nehmen Sie das Mädel wieder in Ihre Anstalt zurück, ich werde mein Kind wieder besuchen“, beschwor sie den Nervenarzt. Sie habe erst am Vortag aufbrechen wollen, um nach Elisabeth zu sehen – als die Nachricht kam, das Mädchen sei an einen unbekanntem Ort verlegt worden. Die Mutter ahnte wohl, dass sie ihre Tochter nie wiedersehen würde. Nachdem sie den Brief bereits unterschrieben hatte, ergänzte sie sechs Zeilen. Sie schrieb: Die Familie sei in der Lage, die Tochter zu begraben, sollte ihr „etwas passieren“.

Die kleine Elisabeth war krank; und sie bezahlte ihr Leiden mit dem Leben. Sie war eine von etwa 300 000 psychisch Kranken oder Behinderten, die während des Zweiten Weltkriegs unter dem Regime der Nationalsozialisten als „lebensunwert“ ermordet wurden – hauptsächlich, um das Geld für die Pflege zu sparen. Mehr als 70 000 Kranke starben durch Gas, die übrigen durch überdosierte Medikamente, an Vernachlässigung oder an Hunger. Allein etwa 8000 Opfer waren Kinder. „Euthanasie“ nannten die Nationalsozialisten ihren Massenmord: den „guten Tod“.

Die Täter gaben sich Mühe, ihr Tun zu verschleiern

In München bemüht sich eine Arbeitsgruppe darum, die Erinnerung an die Ermordeten wachzuhalten. Im Auftrag des NS-Dokumentationszentrums schreiben der Psychiater Michael von Cranach und die Historiker Sibylle von Tiedemann, Annette Eberle und Gerrit Hohendorf an einem Gedenkbuch, das die Namen der etwa 2000 Münchner Opfer enthalten soll. An diesem Sonntag, 18. Januar, lädt die Gruppe zur Gedenk- und Informationsveranstaltung in den Gasteig; Beginn ist um 18 Uhr. Vier Angehörige werden dort die Lebensgeschichten ihrer getöteten Verwandten erzählen. Er hoffe, dass darüber hinaus weitere Angehörige kommen, sagt von Cranach: Denn in vielen Familien sei das Schicksal der Ermordeten noch immer tabuisiert. Der Abend solle Mut machen, nachzuforschen und die Lücken im Stammbaum zu schließen.

Ebenfalls am Sonntag will auch das Isar-Amper-Klinikum München-Ost, die Nachfolge-Klinik der früheren Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar, der Ermordeten gedenken. Um 10 Uhr beginnt ein ökumenischer Gottesdienst in der katholischen Kirche St. Raphael des Klinikums. Um 11 Uhr folgt ein jüdisches Gebet am Gedenkstein auf dem Klinikgelände. Gäste sind willkommen; eine Anmeldung ist nicht nötig.

Der Zeitpunkt des Gedenkens ist bewusst gewählt: Es ist der Jahrestag des ersten Transports in den Tod. Vor 75 Jahren, am 18. Januar 1940, brachte ein Bus 25 männliche Patienten aus der Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar in die Tötungsanstalt Grafeneck, knapp 50 Kilometer

westlich von Ulm. Der Transport war ein Probelauf; später wurden die Patienten mit Zügen vom Münchner Osten zu den Gaskammern in Grafeneck oder in Schloss Hartheim bei Linz gebracht. Für die „Aktion T4“, benannt nach dem Verwaltungssitz in der Berliner Tiergartenstraße 4, wurden im Reichsgebiet insgesamt sechs Tötungsanstalten eingerichtet. In Eglfing-Haar wurde für die Transporte ein Gleisnetz reaktiviert, das ursprünglich für die Beförderung von Kohle errichtet worden war. Die frühere Gleishalle existiert noch heute.

Am Ziel wurden die Menschen entkleidet, mit einem Stempel auf Schulter oder Arm nummeriert und in einen Gemeinschafts-Duschraum gebracht, der zur Gaskammer umgebaut worden war. Dieselmotoren bliesen Kohlenstoffmonoxid in den Raum; durch ein Fenster sah ein Arzt dabei zu, wie die Kranken starben.

Die Täter gaben sich sehr wohl Mühe, ihr Tun zu verschleiern. Die Leichen wur-

den umgehend kremiert; die Angehörigen erhielten eine Nachricht, dass der Patient erkrankt, gestorben und bereits eingeschärft worden sei. Kurz zuvor hatten die Verwandten so kurze wie verstörende Mitteilungen erhalten: Der Onkel, der Ehemann, der Vater oder auch die Tochter, wie im Fall der kleinen Elisabeth, sei in eine unbekanntem Ort geben, an dem sich die Angehörigen beschweren konnten.

Geheimhalten aber ließen sich die Morde nicht. Die Menschen schöpften Verdacht. Und als sich öffentlich Widerstand regte, stellten die Nationalsozialisten die „Aktion T4“ im August 1941 ein. Doch der Protest hatte nur vordergründig Erfolg: Getötet wurde nach wie vor, nur die Methoden änderten sich. Statt die Patienten in zentrale Anstalten zu deportieren und dort zu vergasen, wurden sie nun in den einzelnen Pflegeanstalten so lange gezielt vernachlässigt und mangelernährt, bis sie

starben. Diese „dezentrale Euthanasie“ hielten die Nationalsozialisten bis zum Kriegsende aufrecht. Und noch in den Monaten nach dem Waffenstillstand starben Patienten an Entkräftung.

In den Akten kämen verstärkt Todesursachen wie Lungenentzündung, Tuberkulose oder Durchfall vor, sagt Sibylle von Tiedemann. Doch die Krankheiten waren kein Zufall, der Tod war kalkuliert. Valentin Falthäuser, der Leiter der Heil- und Pflegeanstalt Kaufbeuren, hatte zuvor mit einer Nahrung aus Wasser und abgekochtem Gemüse experimentiert, die keinerlei Fett und überhaupt kaum Nährstoffe enthielt. Diese Hungerkost machte die Patienten anfällig: Sie verhungerten nicht, sondern starben zuvor an Krankheiten, denen ihr geschwächter Körper keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen konnte. Und die Kaufbeurer Hungerkost wurde zum Vorbild: In einem Erlass vom Herbst 1942 schrieb Walter Schultze, Ministerialrat im

bayerischen Innenministerium, den Leitern der Heil- und Pflegeheime diese Ernährungsart vor. Ihr Erfinder Falthäuser rechtfertigte die Mangelernährung später damit, die Patienten hätten nicht gearbeitet, also hätten sie auch weniger Kalorien gebraucht.

Und die Ärzte? Hemmungen, Kranken verhungern zu lassen, hätten zwar durchaus mehrere Mediziner, Pfleger oder Krankenschwestern gespürt, sagt Michael von Cranach. Einzelne Ärzte beispielsweise hätten die Anstalten verlassen und eigene Praxen eröffnet, die Kündigungszahlen gingen deutlich nach oben. Einer von ihnen war Friedrich Hölzel, der Leiter der Kinderabteilung in Eglfing-Haar: ein SA-Mann, der es nicht über sich brachte, Kinder zu töten. Er quittierte den Dienst. Offenen Widerstand aber gab es selten.

Der Erlass ging auch an Hermann Pfannmüller, den Leiter der Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar. Hier wurden zwei „Son-

derkost-Häuser“ eingerichtet, deren Bewohner hungern mussten. Ihre Tode sind gut dokumentiert: Die Ärzte fertigten detaillierte Gewichtskarten an; sie lasen sich wie Dokumentationen des Verbrechens, sagt Cranach. In den Krankenakten fänden sich nun außerdem lapidare Vermerke wie „Patient nimmt wenig Nahrung zu sich“, erzählt Sibylle von Tiedemann. Auch Briefe seien erhalten, in denen die Insassen der Hunger-Häuser ihre Angehörigen darum baten, ihnen Essen zu schicken. „Ich wiege nur noch 40 Kilogramm, was wiegst Du?“ Dieser Satz aus einem der Briefe blieb Tiedemann im Gedächtnis haften. Doch es kam keine Hilfe. Die ärztlichen Bewacher hielten die Briefe zurück.

Auch Elisabeths Mutter erhielt keine Antwort auf ihr verzweifertes Schreiben. Der Brief trägt einen Eingangsstempel vom 12. August. Doch als er die Klinik in Kaufbeuren erreichte, war das Mädchen vermutlich bereits tot.



Ein Denkmal im Isar-Amper-Klinikum in Haar erinnert an die ermordeten Patienten.

FOTO: CLAUDIUS SCHUNK

Der kalkulierte Tod

Im Auftrag des NS-Dokumentationszentrums erforschen vier Wissenschaftler den Massenmord an psychisch Kranken und Behinderten in der NS-Zeit. In einem Gedenkbuch sollen die Namen der etwa 2000 Münchner Opfer festgehalten werden

„Ich habe nicht nachgefragt“

Barbara Wenzl wollte sich lange nicht mit dem Schicksal ihres Großvaters beschäftigen

München – Es war nicht viel, was Barbara Wenzl über ihren Großvater wusste. Seinen Namen, natürlich: Friedrich Crusius. Dass er Lehrer war und zwei Kinder hatte, ihre Mutter und ihren Onkel. Aber sonst? „Als ich 15 war, sagte mir meine Mutter, sie hätten meinen Großvater zu Tode gespritzt“, erinnert sich die Münchnerin. Doch dass er ermordet worden sein könnte, das kam ihr damals nicht in den Sinn; sie glaubte, er sei wegen eines ärztlichen Kunstfehlers gestorben. Genau wusste sie es nicht. „Ich habe nicht nachgefragt“, sagt Wenzl. Und sonst sei in ihrer Familie nie über den Großvater gesprochen worden.

Friedrich Crusius ist ermordet worden, weil er unter einer psychischen Krankheit litt. Am 8. März 1941 fand er im Alter von 43 Jahren in der Heil- und Pflegeanstalt Niedernhart bei Linz den Tod. In seiner Krankenakte findet sich als Ursache eine „akute Kreislaufschwäche“. Doch in Wenzls Familie glaubte daran niemand.

Auch ein prominenter Verwandter konnte Crusius nicht das Leben retten

Crusius war am 1. April 1936, wenige Monate vor seinem 39. Geburtstag, wegen seiner Erkrankung stationär in die Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar im Osten Münchens eingewiesen worden. Er blieb dort für mehr als vier Jahre, mit einer Unterbrechung. Mehrere Monate lang lag er im Schwabinger Krankenhaus. Am 24. Oktober 1940 schließlich setzten ihn die Pfleger in Eglfing-Haar um vier Uhr morgens in einen Zug, der ihn nach Hartheim bei Linz bringen sollte. Schloss Hartheim war eine von sechs Tötungsanstalten im Reichsgebiet, in denen die Nationalsozialisten geistig Behinderte und psychisch Kranke ermordeten. Auch Crusius sollte dort sterben – doch bevor er in die Gaskammer ge-

bracht werden konnte, erreichte die Anstalt ein Brief seiner Frau.

Es war ein eiliger, ein verzweifelter, aber auch ein kluger Brief. Die Frau wusste offensichtlich, was ihren Ehemann in Hartheim erwartete. Wie nebenbei erwähnte sie deshalb ihren Cousin, Rudolf Heß, den Stellvertreter Adolf Hitlers. Die prominente Verwandtschaft rettete Crusius zwar schlussendlich nicht das Leben, aber sie machte Eindruck: Der Kranke wurde zurückgestellt. Im November 1940 wurde er in die nahe gelegene Heil- und Pflegeanstalt Niedernhart verlegt. Wenige Monate später war er tot.



Friedrich Crusius litt an einer psychischen Erkrankung. Er starb am 8. März 1941 in der Heil- und Pflegeanstalt Niedernhart bei Linz.

FOTO: OH

Für seine Familie begann damit ein Trauma, das bis in die Gegenwart reicht. Als Crusius starb, war seine Tochter, Wenzls Mutter, gerade zehn Jahre alt. Das Mädchen habe versucht, den Tod des Vaters zu verdrängen, glaubt Wenzl. Auch später habe ihre Mutter offenkundig gelitten, aber sie habe nie das Gespräch gesucht. Für Wenzl war der Großvater jahrelang wenig mehr als ein dunkler Fleck, eine Lücke im Stammbaum, die man verschwiege. Man sprach nicht über den Toten, man sprach nicht über seine Krankheit. Die psychische Störung galt als Makel, sagt Wenzl: „Man hatte das nicht.“ Noch heute hätten einzel-

ne Verwandte Schwierigkeiten, offen über Crusius und sein Leiden zu sprechen.

Von außen erhielt die Familie wenig Mut machende Signale. Nach dem Krieg habe ihre Großmutter einen Antrag auf Wiedergutmachung gestellt, erzählt Wenzl. Sie gab an, ihr Mann sei aus politischen und rassischen Gründen verfolgt und ermordet worden, und forderte eine Entschädigung. Der Antrag wurde abgewiesen.

Später fand Wenzl heraus, dass auch ihre Mutter einmal versucht hatte, die Wahrheit zu erfahren: In der untersten Schublade eines Biedermeier-Sekretärs fand sie Unterlagen über den Tod des Großvaters. Die Mutter hatte sie dort hineingestopft. Sie wollte die Akten am Ende offenbar nicht mehr sehen – doch sie warf sie auch nicht weg.

Wenzl hatte an diesen Akten zunächst kein großes Interesse. Erst als sie im vergangenen Jahr auf die Debatte über die Verlegung von Stolpersteinen in München aufmerksam wurde, begann sie, sich mit dem Schicksal ihres Großvaters zu beschäftigen. Sie verstand nun, was ihre Mutter ihr damals versucht hatte zu sagen. Und sie verstand auch, dass der Tod ihres Großvaters ein Unrecht war, das sie nicht verschweigen musste – und für das sie sich nicht auch noch schämen sollte. Einen Stolperstein hat sie bereits gestiftet, auch wenn er in München nicht auf öffentlichem Grund verlegt werden darf. Am Sonntagabend wird Wenzl im Gasteig vom Leben ihres Großvaters berichten. Die Arbeitsgruppe „Psychiatrie und Fürsorge im Nationalsozialismus in München“ lädt zum Gedenkabend, Beginn ist um 18 Uhr.

Barbara Wenzl hat außerdem begonnen, das Tagebuch ihres Großvaters zu lesen. Es sei nicht einfach, schon wegen der Schrift, sagt sie; Crusius schrieb Sütterlin. Aber sie versuche, dem Großvater nahe zu kommen. So könne sie die Lücke in ihrer Familie endlich schließen. JAKOB WETZEL

Ein Platz im Gedächtnis

Michael von Cranach über Verdrängung und Schuldgefühle

Michael von Cranach setzt sich seit den Achtzigerjahren dafür ein, die Geschichte der Psychiatrie in der Zeit des Nationalsozialismus aufzuarbeiten. Er erläutert, warum diese Aufgabe noch lange nicht abgeschlossen ist.

SZ: Warum gibt es 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs immer noch so viele vergessene Tote?

Michael von Cranach: Das ist eine lange Geschichte der Verdrängung und des Verleugerns. Die Amerikaner haben nach 1945 intensiv recherchiert, um die Nürnberger Ärzteprozesse vorzubereiten. Zwei der Haupttäter sind zum Tode verurteilt worden. Aber danach verlor sich das Interesse.

Es gab auf deutscher Seite kein Interesse?

Nein. Es gab dann noch ein paar Prozesse gegen Direktoren und einzelne Schwestern und Pfleger, die aber die Verbrechen verharmlost haben. Zum Beispiel wurde Valentin Falthäuser, der frühere Leiter des Klinikums Kaufbeuren, von den Amerikanern wegen Mordes interniert. Aber die Deutschen haben die Anklage verändert, und schließlich ist er wegen Beihilfe zum Totschlag zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden, die er aber wegen Haftunfähigkeit nicht absitzen musste. Die Beamtenpension, die ihm aberkannt worden war, erhielt er auf dem Gnadeweg zurück.

Andere NS-Verbrechen wurden in Deutschland vom Ende der Fünfzigerjahre an mit neuem Einsatz verfolgt.

Aber wer hätte das Thema wieder aufbringen sollen? Die Psychiater? Dieselben Ärzte, die das alles getragen hatten, waren noch immer in den Krankenhäusern tätig. Eine Psychiatriereform wie in anderen europäischen Ländern gab es in Deutschland erst in den Achtzigerjahren. Der Staat hatte – das ist meine Deutung – die Psychiatrie vergessen. Die Angehörigen wiederum

waren ratlos und durch das Stigma dieser Krankheiten verunsichert. Manche plagten Schuldgefühle: Hatten sie genug getan, um den Angehörigen zu helfen? Und die wenigen, die versucht hatten, etwas zu erfahren, waren mit Lügen abgespeist worden.

Sie rufen jetzt Familienangehörige dazu auf, erneut Fragen zu stellen.

Ja. Es gibt heute zwar viel wissenschaftliche Literatur. Aber für die Gesellschaft ist es lange ein Problem geblieben.

Gibt es heute immer noch Vorbehalte?

Nein. Die Stadt beteiligt sich, auch der Bezirk Oberbayern unterstützt das Projekt.

Und die Familien? Sie nennen ja Namen.

Die, mit denen wir Kontakt haben, unterstützen uns. Und die anderen wissen wohl nichts von dem Projekt. Viele Angehörige erzählen, sie hätten lange darüber nachgedacht, die Lücke im Stammbaum zu füllen. Aber jetzt würden sie sich endlich trauen.

Warum ist es Ihnen so wichtig, die Namen der Opfer zu nennen?

Es ist wichtig, klar zu machen, dass die Einzelnen nicht vergessen sind, nicht verschunden aus dem kollektiven Gedächtnis. Und dass sie auch wieder ihren Platz bekommen im Gedächtnis ihrer Familien.

INTERVIEW: JAKOB WETZEL



Der Psychiater Michael von Cranach, 73, war 26 Jahre lang ärztlicher Direktor des Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren. Derzeit leitet er die Arbeitsgruppe „Psychiatrie und Fürsorge im Nationalsozialismus in München“. FOTO: BARDEHL

SibonTiedemann SZ20150115S249203